



## Infobrief aus Straßburg 2. - 5. Juli 2012

### Mehr Sicherheit im europäischen Straßenverkehr durch digitalen Fahrtenschreiber und ein elektronisches Notrufsystem

Am Dienstag hat sich eine Mehrheit im Europäischen Parlament für die Einführung eines sogenannten digitalen Tachographen in Lastkraftwagen ausgesprochen. Dieser soll Lenk- und Ruhezeiten nach EU-Norm harmonisieren. Auf diese Weise werden Wettbewerbsverzerrungen vermieden und die Verkehrssicherheit auf Europas Straßen erhöht. Für mich ist entscheidend, dass kleine und mittelständische Unternehmen geschützt werden und nicht noch mehr



Bildquelle: Europäisches Parlament

unter der ohnehin schon hohen bürokratischen Last leiden. Ich habe mich folglich dafür stark gemacht, dass KMU, die keine reinen Transportunternehmen sind, erst ab einer zurückgelegten Strecke von mehr als 150 km zu einem Tachographen verpflichtet werden. Leider fand diese Forderung im Plenum keine Mehrheit, weshalb ich dem Gesamtbericht nicht zustimmen konnte.

Des Weiteren wurde der Vorschlag ein europaweites elektronisches Notrufsystem (e-

Call) für alle in der EU verkauften Neufahrzeuge einzuführen angenommen. Mittels dieses Systems werden bei einem schweren Unfall via Satellit die Daten automatisch an ein zentrales Notrufsystem übermittelt. Das System soll über die bereits existierende Notrufnummer 112 aktiviert werden. Grundlegender Aspekt ist hierbei, dass wir gemeinsam und verbindlich dieses Notrufsystem einführen und dass es nur bei einem wirklichen Notfall aktiviert wird, um datenschutzrechtliche Bedenken bzgl. einer dauerhaften Überwachung zu entkräften.

### Anti-Piraterieabkommen ACTA voreilig abgelehnt

Nicht gänzlich überraschend, aber dennoch vorschnell, hat sich gestern eine Mehrheit im Europaparlament gegen das Anti-Produktpiraterie-Abkommen, kurz ACTA, ausgesprochen.

Die Kontroversen über das Schutzabkommen geistigen Eigentums waren schon vor einigen Monaten entbrannt und haben viele Bürger in Unsicherheit über die möglichen Auswirkungen von ACTA versetzt.

Seither haben wir intensiv nachgearbeitet und die Schwachstellen und missverständlichen Aussagen in dem Abkommen identifiziert und deutlich geändert.

Am Ende stand ein Dokument, das sowohl den Verbraucher als auch die Künstler und Industrie durch erhöhte Rechtssicherheit geschützt hätte. Die EVP-Fraktion wollte die Prüfung des Schutzabkommens durch den Europäischen Gerichtshof abwarten und anschließend über ACTA abstimmen. Leider fand diese Vorgehensweise bei den anderen Fraktionen

keinen Anklang; stattdessen wurde ACTA voreilig abgelehnt, ohne die höchste richterliche Instanz der EU überhaupt angehört zu haben.

Ich bedauere, dass die Mehrheit meiner Abgeordnetenkollegen eine überstürzte und dabei wenig sachliche Entscheidung getroffen hat, die aber gleichzeitig die Unsicherheit und Schäden für die deutsche Wirtschaft in Milliardenhöhe weiter bestehen lassen.

#### Elisabeth Jeggle MdEP

Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

#### Anschrift

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz – ASP 10E 209  
B-1047 Brüssel

Tel. 0032 - 2 - 284 5351

Fax 0032 - 2 - 284 9351

[elisabeth.jeggle@europarl.europa.eu](mailto:elisabeth.jeggle@europarl.europa.eu)

#### Anschrift Europabüro

Elisabeth Jeggle  
Bahnhofstr. 8  
D-88250 Weingarten

Tel. 0751 - 560 92 530

Fax 0751 - 560 92 550

[kontakt@euroeggle.de](mailto:kontakt@euroeggle.de)



Bildquelle: Europäisches Parlament

## Europäisches Parlament spricht sich gegen Zwangsabtreibung in China aus

Im Straßburger Plenum bekundet das Parlament heute Zweifel an der Ein-Kind-Politik in China. Anstoß der Debatte ist die Zwangsabtreibung einer im siebten Monat schwangeren Chinesin. Durch die aktive Kontrolle der chinesischen Familienplanung kommt es vermehrt zu illegalen Abtreibungen. Zwangsabtreibungen aufgrund der Bevölkerungssituation in China sind für mich klare Verstöße gegen die universellen Menschenrechte. Als Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte widme ich mich mit besonderem Augenmerk



Bildquelle: Europäisches Parlament

Zwangsabtreibungen als eine der schlimmsten Form von Gewalt gegenüber Frauen. Mit der Debatte und der fraktionsübergreifenden EntschlieÙung sprechen wir uns nachdrücklich gegen Zwangsabtreibung in China und die vermehrt in Asien auftretende geschlechtsbezogene Abtreibung aus. Durch die staatlich forcierte Ein-Kind-Politik entscheidet sich vor allem immer öfter die gebildete Mittelschicht in China nach einer Ultraschalluntersuchung für eine Abtreibung, wenn es sich bei dem Fötus um ein Mädchen handelt. Abtreibung darf unter keinen Umständen als Mittel der Familienplanung gefördert werden.

Herzliche Grüße,  
**Ihre Elisabeth Jeggle MdEP**

**Elisabeth Jeggle MdEP**  
Stellvertretende Vorsitzende der  
CDU/CSU-Gruppe im Europäischen  
Parlament

**Anschrift**  
Europäisches Parlament  
Rue Wiertz – ASP 10E 209  
B-1047 Brüssel

**Tel.** 0032 - 2 - 284 5351  
**Fax** 0032 - 2 - 284 9351  
[elisabeth.jeggle@europarl.europa.eu](mailto:elisabeth.jeggle@europarl.europa.eu)

**Anschrift Europabüro**  
Elisabeth Jeggle  
Bahnhofstr. 8  
D-88250 Weingarten

**Tel.** 0751 - 560 92 530  
**Fax** 0751 - 560 92 550  
[kontakt@euroegg.de](mailto:kontakt@euroegg.de)